



Update aus Berlin

März 22



NEUES
aus dem Wahlkreis

WICHTIGES
aus dem Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

wie ihr alle bin ich noch immer bestürzt und schockiert über den Krieg in der Ukraine. Unser Bundeskanzler hat es treffend beschrieben, als er von einer „Zeitenwende“ sprach. Putins niederträchtiger Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die Idee der Demokratie und Menschenrechte. Der Ukraine gilt unsere uneingeschränkte Solidarität.

Mit einer beeindruckenden Rede hat sich Präsident Selenskyj an den Deutschen Bundestag gewandt. Er appellierte an uns, keine neuen Mauern in Europa entstehen zu lassen. Den Menschen, die aus der Ukraine fliehen, können auf unsere Solidarität zählen. Sie brauchen Unterkunft und Verpflegung, medizinische und psychologische Betreuung, Kitaplätze und vieles mehr. Wie immer in solchen Fällen sind besonders die Kommunen gefordert, die notwendigen Hilfen zu organisieren. Daher haben wir uns in der AG Kommunalpolitik mit den relevanten Akteur:innen ausgetauscht. Mehr Informationen dazu findet ihr in diesem Update.

Die hohen Energiepreise bereiten vielen Bürger:innen weiterhin große Sorgen. Putins Krieg in der Ukraine lässt sie in der Zukunft noch weiter ansteigen. Allerdings: Noch sind die Lieferungen noch nicht eingestellt. Die explodierenden Spritpreise sind vor allem Spekulationspreise. Geringverdiener:innen haben besonders mit den hohen Kosten zu kämpfen. Heizen, Strom und Mobilität müssen für jeden bezahlbar sein. Daher haben wir einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldbeziehende und BAföG-Beziehende beschlossen. Die Bundesregierung hat zudem noch weitere Entlastungsmaßnahmen beschlossen. Details erfahrt ihr auf Seite 5. Aktuell arbeiten wir mit Hochdruck daran, weitere Entscheidungen zur Entlastung vorzubereiten.

Ich hoffe, ihr bleibt trotz der bedrückenden Nachrichtenlage optimistisch. Wie bereits andere Diktatoren vor ihm unterschätzt Putin die Entschlossenheit und Einigkeit der Demokratien und die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit. Dies wird ihm am Ende zum Verhängnis werden.

Liebe Grüße und alles Gute

Euer



Inhalt

Krieg in der Ukraine >>> Selenskyjs Ansprache im Bundestag. >>> Aktuelles zur Corona-Lage. >>> Aufnahme Geflüchteter in den Kommunen. >>> Ergebnisse aus dem Koalitionsausschuss. >>> Verdopplung des Heizkostenzuschusses. >>> Ministerin Svenja Schulze im Kreis Warendorf. >>> Aus Beckum in den Bundestag: Praktikant Gerrit berichtet.

Krieg in der Ukraine: Eine Zeitenwende für Europa

Der 24. Februar markiert eine Zeitenwende für Europa. Nur wenige Flugstunden entfernt herrscht seitdem ein grausamer Krieg. Die Armee des russischen Gewaltherrschers Putin ist in die Ukraine einmarschiert, hat mittlerweile ganze Stadtteile zerbombt und unzähligen Menschen das Leben genommen. Europa steht dabei geschlossen hinter der Ukraine, Millionen Geflüchtete haben bereits unbürokratisch ihren Weg in die Nachbarländer gefunden. Putin und seine Lakaien betrachten die russische Wirtschaft als ihr persönliches Vermögen und nutzen diese für ihren menschenverachtenden Krieg. Daher sind die scharfen Sanktionen richtig. So streuen wir Sand in Putins Kriegsmaschine.

Viele von euch kennen meine ablehnende Haltung gegenüber der Bewaffnung von Konfliktparteien in kriegerischen Auseinandersetzungen. Es ist besser, 100 Stunden umsonst zu verhandeln, als eine Minute zu schießen. Dies setzt jedoch voraus, dass die andere Seite bereit ist zu verhandeln. Heute, wie bei der Entscheidung zur Bewaffnung der Peschmerga zum Schutz der Jesiden, die vor dem mörderischen IS geschützt werden mussten, halte ich auch in diesem konkreten Fall, die Lieferung von Waffen zur Verteidigung der Ukraine für begründet und gerechtfertigt. Die Ukraine ist eine junge Demokratie und besitzt das Recht, sich gegen Putins Aggression zu verteidigen. Daher hat die Bundesregierung entschieden, der Ukraine Waffensysteme zur Selbstverteidigung zu liefern. Wer im Umkehrschluss jedoch zwischenstaatliche Konflikte nur mit militärischen Mitteln lösen will, wird zwangsläufig scheitern.

„Neutralität hilft dem Unterdrücker, niemals dem Opfer“ – Elie Wiesel (Holocaust-Überlebender und Friedensnobelpreisträger)

Mir ist aber auch ganz wichtig: Nicht die russische Bevölkerung, sondern Putin und seine Handlanger allein haben sich für diesen Krieg entschieden. Putin opfert die unschuldige Jugend Russlands für seine narzisstischen Großmachtfantasien. Umso mehr stehen wir deshalb an der Seite aller mutigen Russ:innen, die seit Wochen unter hoher Lebensgefahr gegen den Krieg auf die Straße gehen und ihren Protest offen zeigen.

Die historische Dimension der Ereignisse der letzten Wochen sollte uns bewusst sein. Ist die europäische Friedensordnung nach dem Kalten Krieg, in der sich alle Staaten sich gegenseitig versichern, Grenzen nicht mit Gewalt zu verschieben, Vergangenheit? Deutschland ist zwar von Freunden umgeben, die osteuropäischen Demokratien haben diesen Luxus jedoch nicht. Ist es ein Akt der innereuropäischen Solidarität, wenn wir mit der Bundeswehr unseren osteuropäischen Freunden dabei helfen, sich zu verteidigen? Die Festlegung unserer Verfassung von der Bundeswehr als Verteidigungsarmee bleibt erhalten und bekommt neues Gewicht. Krieg ist schrecklich, menschenverachtend und grausam. Die Bundesregierung tut mit unseren Verbündeten alles, damit die Diplomatie eine Chance hat und der Krieg beendet wird.

Selenskyjs Ansprache im Bundestag

Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskyj hielt am Donnerstag eine ergreifende Ansprache im Bundestag. Er schilderte das Leid der ukrainischen Bevölkerung und appellierte an uns, der Ukraine beizustehen. Er erinnerte an die vielen Kinder, die bereits dem Krieg bereits zum Opfer gefallen sind. In seiner Rede legte er auch den Finger in die Wunde und kritisierte offen, dass Deutschland zu lange dem Mantra "Wandel durch Handel" gefolgt ist. Präsident Selenskyj erinnert uns zudem an die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine. Denn unter den circa 25 Millionen Bürger:innen der Sowjetunion, die während des 2. Weltkrieges starben, waren ungefähr 8 Millionen Ukrainer:innen. Selenskyj kritisierte, dass das Bekenntnis "Nie wieder" ohne Konsequenz bleibe. Die Ukrainer:innen verteidigen die Werte der Demokratie und Menschenrechte mit ihrem Leben. Deshalb forderte der ukrainische Präsident mehr und entschlossener Hilfe.



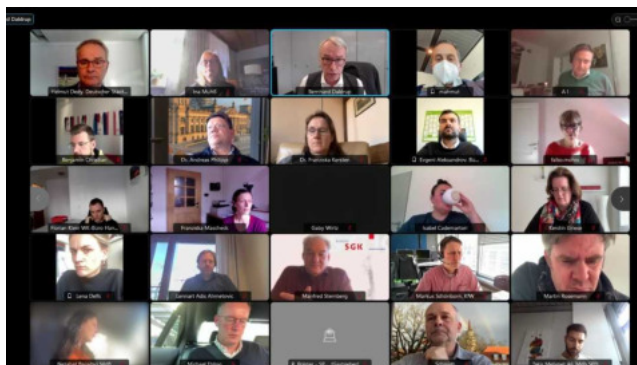
Der ukrainische Präsident dankte allen, die sich solidarisch mit der Ukraine zeigen und beispielsweise den Geflüchteten helfen. Auch von meiner Seite einen großen Dank für eure Solidarität und Unterstützung.

Aktuelles zur Corona-Lage

Mit Ablauf des 19. März 2022 wäre die gesetzliche Grundlage für die weitreichenden Schutzmaßnahmen des Infektionsschutzgesetzes (IfSG). Wir wollen auch künftig das Infektionsgeschehen unter Kontrolle halten und haben deshalb diese Woche einen Gesetzentwurf zur Änderung des IfSG beschlossen. Wichtig bei aller Kritik: Ohne die Novelle wären alle Schutzmaßnahmen gefallen. Der Entwurf gewährleistet einen Basisschutz zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen. Hierzu zählen eine Maskenpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie Testpflichten in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kitas. Zudem halten wir an der bundesweiten Maskenpflicht im Luft-, Nah- und Fernverkehr fest. Über eine Hotspot-Regelung geben wir den Parlamenten der Bundesländer die Möglichkeit, auch weitergehende Maßnahmen zu beschließen.

Es wäre aus meiner Sicht sachgerecht gewesen, die bisherigen Maßnahmen zu verlängern. Über ein solches Vorgehen konnte jedoch kein Einvernehmen erzielt werden. Da sonst alle Schutzmaßnahmen entfallen wären, habe ich der Novelle zugestimmt und meine kritische Haltung in einer persönlichen Protokollerklärung begründet. Diese findet ihr [hier](#).

Aufnahme Geflüchteter in den Kommunen



Während in ihrem Land ein gewaltsamer Krieg tobt, der nicht ihrer ist, haben aktuell rund 3 Millionen Ukrainer:innen ihre Heimat verlassen. Bald 200.000 von ihnen sind bereits in Deutschland angekommen – und es werden mehr. Als kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag weiß ich um die Herausforderung, vor der auch die Kommunen jetzt stehen. Am 11. März habe ich kurzfristig einen digitalen Austausch der AG Kommunalpolitik mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Staatssekretären des Innen- und Sozialministeriums einberufen. Dieses Treffen mit über 100 Teilnehmern war ein erster Austausch und bot einen guten Lageüberblick. Mahmut Özdemir (SPD), Staatssekretär im Bundesinnenministerium, berichtete von seiner Reise an die polnisch-ukrainische Grenze. Er lobte die gute, digitalisierte Organisation und Aufnahmebereitschaft in Polen. Alle Gesprächsteilnehmer waren zudem begeistert von der grenzenlosen Solidarität, die auch in den deutschen Kommunen derzeit gelebt wird. Dem schnellen Reagieren des Bundesinnenministeriums ist es zu verdanken, dass die Menschen, denen in der Ukraine alles gewaltsam genommen wird,

bei uns rasch und unbürokratisch Schutz finden können. Doch dieser beschleunigte Aufnahmeprozess wird nun mittelfristig zu einer großen Herausforderung für die Kommunen. Denn durch die unbürokratische Aufnahme liegen uns keine genauen Zahlen vor, welche wir für eine faire Verteilung benötigen würden. Hinzu komme, dass die Aufnahmeeinrichtungen in den Kommunen natürlich nicht leer sind. Um die große Hilfsbereitschaft aufrecht zu erhalten, forderten die Kommunen organisatorische und finanzielle Unterstützung vom Bund. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, formulierte es ganz offen: „Ich will, dass Olaf Scholz uns sagt: Ich lasse Euch nicht im Regen stehen.“ Dazu haben der Bund und die Länder eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche bis Anfang April einen Lösungsvorschlag vorlegen wird. Zudem wurde beschlossen kostenfreie Sprachkurse anzubieten, Kinder und Jugendliche schnell in Bildungseinrichtungen aufzunehmen und es den Menschen zu ermöglichen unmittelbar eine Arbeit aufzunehmen. Das Innenministerium hat außerdem eine Info-Website für ukrainische Geflüchtete erstellt (www.germany4ukraine.de). Und auch die KfW hat schnell reagiert: Für Kommunen wurde kurzfristig ein Förderrahmen zum Bau von Flüchtlingsunterkünften von 250 Millionen Euro bereitgestellt. Hier findet ihr Informationen zu dem KfW-Programm.

Ergebnisse aus dem Koalitionsausschuss: Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger

Die gestiegenen Energie-, Nahrungs- und Rohstoffpreise haben bereits vor dem Krieg in der Ukraine vielen Unternehmen und Familien in Deutschland belastet. Daher hatten die Koalitionsparteien vor dem Angriff auf die Ukraine ein erstes Entlastungspaket beschlossen.

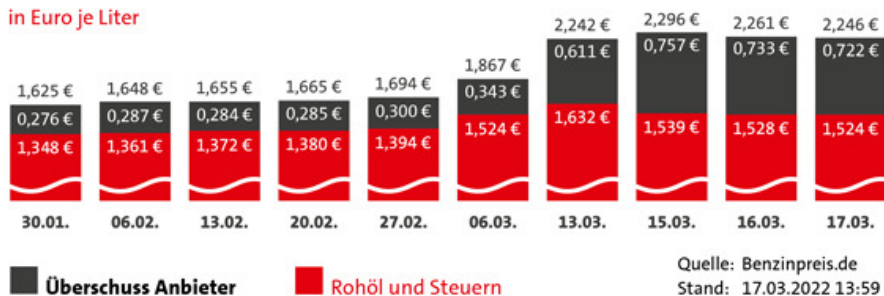
Steuerentlastungsgesetz

- Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli - Dies ist eine Entlastung um 6,6 Milliarden Euro.
- Erhöhung des Grundfreibetrags um 363 Euro auf 10.347 Euro. Dies gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.
- Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags um 200 Euro auf 1.200 Euro.
- Anhebung der Fernpendlerpauschale (ab dem 21. Kilometer) auf 38 Cent.
- Coronazuschuss von 100 Euro für Beziehende von existenzsichernden Leistungen.
- Monatlicher Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder in Höhe von 20 Euro.
- Viertes Corona-Steuerhilfegesetz: Erweiterte Verlustrechnung und Verlängerung der degressiven Abschreibung für Unternehmen, Verlängerung der Homeoffice-Pauschale, Steuerfreiheit für den Corona-Pflegebonus.

Durch Putins Angriffskrieg sind und Spekulationen mit Öl und Gas die Preise nochmals gestiegen. Wir werden noch weitere Hilfen für die Bürgerinnen und Bürger beschließen. Die SPD will, dass diese Hilfen effizient, effektiv und unbürokratisch sind. Alleinige Steuersenkungen auf Sprit oder der vorgeschlagene Tankrabbat entlasten vor allem Gutverdiener und bereichern die Mineralölkonzerne. Sobald wir uns auf geeignete Maßnahmen verständigt haben erfahrt ihr davon in meinem Update.

DIESELPREIS

in Euro je Liter



Die Gewinnmargen der Mineralölkonzerne haben sich vervielfacht und der bereits sinkende Weltmarktpreis wird nicht an die Verbraucher:innen weitergegeben. Daher hat der Wirtschaftsminister das Bundeskartellamt zu einer Überprüfung nach missbräuchlichen Verhalten gebeten. Dies hat meine volle Unterstützung.

"Schnell, wirksam, zielgenau und bürokratiearm" - Verdopplung des Heizkostenzuschusses im Bauausschuss beschlossen!

Die steigenden Energiepreise sind vor allem für Menschen mit niedrigen Einkommen eine hohe finanzielle Belastung. Um diese Belastungen abzufedern und soziale Härten zu vermeiden, haben wir in dieser Woche einen einmaligen Heizkostenzuschuss beschlossen. Neben 710.000 Wohngeld beziehenden Haushalten (rund 1,6 Millionen Personen) sollen auch rund 370.000 BAföG-Bezieher:innen und rund 75.000 Aufstiegs-Bafög-Empfänger:innen sowie rund 65.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen, diesen Zuschuss erhalten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nun für alle automatisch. Diese unbürokratische Lösung haben wir in den Beratungen durchgesetzt.

Zudem haben wir eine deutliche Erhöhung des Heizkostenzuschusses durchgesetzt. Es freut mich sehr, dass wir unsere Koalitionspartner von einer Verdoppelung überzeugen konnten. Wohngeldbezieher, die alleine leben, bekommen nun 270 Euro, Zwei-Personen-Haushalte 350 Euro. Für jedes weitere Haushaltsmitglied sind noch einmal 70 Euro vorgesehen. Studierende, Auszubildende und andere Berechtigte erhalten pauschal 230 Euro. Durch die zahlreichen Ausbildungsbetriebe und die Nähe zu vielen Hochschulstandorten profitieren auch zahlreiche Menschen im Kreis Warendorf von dem Heizkostenzuschuss.



Bundesministerin Schulze zu Gast in der Kreishandwerkerschaft: Internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Ende Februar war Svenja Schulze, Bundestagsabgeordnete für unseren Nachbarwahlkreis Münster und Ministerin für Entwicklung, meiner Einladung in den Kreis Warendorf gefolgt. Das Ergebnis war ein interessanter Austausch zu den Berufsbildungspartnerschaften der Kreishandwerkerschaft.

Die Kreishandwerkerschaft ist der erste Projektträger einer vom Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) geförderten Berufsbildungspartnerschaft, der von Ministerin Schulze im Rahmen ihrer neuen Aufgabe besucht wurde. Svenja zeigte sich begeistert von den Projekten und Partnerschaften der Kreishandwerkerschaft in Jordanien, Südafrika und Mosambik: „Dass die hochwertige heimische Handwerksausbildung in die Welt hinausgetragen wird und dort ein reger Austausch stattfindet, ist ein zentrales Element funktionierender wirtschaftlicher Zusammenarbeit über die Grenzen des europäischen Kontinents hinweg.“

Übrigens: Zwischenzeitlich hat die Kreishandwerkerschaft vom BMZ die Erlaubnis erhalten, eine Prüfung für eine neue Berufsbildungspartnerschaft in Südafrika abzuhalten. Glückwunsch an die Kreishandwerkerschaft und Danke an Svenja.



Beckum BE-lebt: Regional und Nachhaltig mit Leidenschaft



Der FairTrade-Store "Be-lebt" in der Beckumer Innenstadt bildete den zweiten Teil von Svenjas Besuch. Mit wieviel Herzblut dort regionale und fair gehandelte Produkte vertrieben werden, hat uns und alle weiteren Gäste beeindruckt. Im Bild links sieht ihr Svenja gemeinsam mit Gilbert Wamba, Mitglied der Steuerungsgruppe Fairtrade der Stadt Beckum, und Ralf Pomberg, Kandidat für die Landtagswahl im nördlichen Kreis Warendorf.



Aus Beckum in den Bundestag: Bericht unseres Praktikanten Gerrit



In den letzten drei Wochen hat der 20-jährige Schüler Gerrit Otto Eibrink mein Team und mich bei der Arbeit in Berlin unterstützt. Der Sozialdemokrat und Abiturient aus meinem Wahlkreis half neben der Beantwortung von Bürgeranfragen auch bei der Vorbereitung von Terminen und der Hintergrundrecherche zu diversen Sachgebieten,

insbesondere zu finanz- und baupolitischen Themen. Im Rahmen des Fraktionsprogramms der SPD für Praktikanten:innen hatte Gerrit Otto Eibrink die Chance ein Gespräch mit dem ehemaligen Außenminister Heiko Maas über die aktuelle Lage in der Ukraine zu führen. Ferner konnte er sich live die Übertragung der Rede von dem ukrainischen Präsidenten im Plenum des Deutschen Bundestag anschauen. Trotz dieser schwierigen Zeit, in der wir alle uns momentan befinden, habe ich mich sehr darüber gefreut, Gerrit einen Einblick hinter die Kulissen des Herzens der Demokratie gewährleisten zu können.

Fotoaktionen im Bundestag

Ich habe mich auch wieder an zwei Fotoaktionen beteiligt. Am 21. März ist der Down-Syndrom-Tag. An diesem Tag werden zwei unterschiedliche Socken getragen, um die menschliche Einzigartigkeit zu feiern. Der 21. März ist zudem der internationale Tag gegen Rassismus.

